

STELLUNGNAHME zum Antrag	Gremium:	47. Plenarsitzung des Gemeinderates
	Termin:	19.02.2008
SPD-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.:	1269
vom: 17.10.2007	TOP:	8
eingegangen: 17.10.2007	Verantwortlich:	öffentlich Dez. 3
Einrichtung eines „Arbeitsausschusses Senioren“		

- Kurzfassung -

Die Verwaltung schlägt vor, den bereits bei der Sozial- und Jugendbehörde bestehenden „Pflegeausschuss“ um die Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern des Gemeinderates zu erweitern und das Arbeitskonzept einschließlich Namen entsprechend anzupassen.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Finanzposition:					
Ergänzende Erläuterungen:					
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

Die Bedeutung der Unterstützung der älteren Generation ist bereits heute und zukünftig verstärkt eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Die Konsequenzen der demographischen und sozialen Entwicklungstrends für eine zukunftsweisende kommunale Sozialpolitik für die ältere Generation sowie die Weiterentwicklungsansätze in den einzelnen Gestaltungsbereichen werden in dem Bericht „Aktuelle Eckpunkte für eine kommunale Sozialpolitik für die ältere Generation in Karlsruhe“, Oktober 2007, herausgestellt. Am 25.09.2007 wurden diese Eckpunkte vom Gemeinderat bestätigt und es wurde der Auftrag erteilt, die beschriebenen Leitziele und ihre Weiterentwicklungsperspektiven mit allen zu beteiligenden Gestaltungspartnern zu diskutieren und zu konkretisieren.

Der Antrag der SPD-Fraktion unterstreicht dieses Anliegen für einen gemeinsamen Diskussionsprozess mit dem Vorschlag für einen Unterausschuss des Sozialausschusses mit dem speziellen Thema „Senioren“ - in Analogie zu dem Arbeitsausschuss des Jugendhilfeausschusses.

Die Satzung des Jugendhilfeausschusses ermöglicht die Bildung eines Unterausschusses, für den Sozialausschuss liegt jedoch kein entsprechendes Satzungsrecht vor. Um dennoch den intensiven Erörterungsbedarf gemeinsam von Politikvertretern und Gestaltungspartnern in der Seniorenarbeit und Altenhilfe zu befördern, wird vorgeschlagen, den bisherigen „Pflegeausschuss“ verstärkt zu nutzen. Dieser Vorschlag ist mit dem Stadtseniorenrat Karlsruhe e. V. abgestimmt.

Seit 1994 besteht in Karlsruhe der Pflegeausschuss als Kooperationsgremium aller relevanten Träger und Institutionen unter der Leitung der Sozial- und Jugendbehörde. Zu Beginn wurden zwar vorwiegend Fragen der stationären Pflegeversorgung erörtert. Mittlerweile werden jedoch alle Themen der Seniorenarbeit und der Altenhilfe aufgegriffen. Der Name spiegelt nicht mehr die Vielfalt der Themen wider und müsste ohnehin geändert werden.

Für die zentralen Gestaltungsbereiche bringen sich die entsprechenden Vertreterinnen und Vertreter ein:

- Kommunale Institutionen:

- Sozial- und Jugendbehörde: Leitung des Ausschusses
- Bürgerservice und Sicherheit: Heimaufsicht
- Gesundheitsamt

- Institutionen des Gesundheitswesens:

- Städt. Klinikum
- Geriatrisches Zentrum am Diakonissenkrankenhaus
- Kassenärztliche Vereinigung

- Kostenträger:

- Örtliche Krankenkassen und Pflegekassen
- MDK

- Stadtseniorenrat

- Ligavertretung für stationäre Einrichtungen und ambulanter Bereich

- Vertreterinnen der privaten stationären und ambulanten Einrichtungen

- Heimstiftung

Es wird vorgeschlagen, Vertreterinnen und Vertreter der politischen Fraktionen zu diesem Gremium einzuladen. In dieser Besetzung sind die relevanten Themen zur Weiterentwicklung der Sozialpolitik für die ältere Generation im Vorfeld des Pflegeausschusses gemeinsam zu bearbeiten.

Als aktuelle Themenkomplexe stehen bereits im Raum:

- Konkrete Ausgestaltung des Diskussions- und Umsetzungsprozesses für die Leitlinien der zukünftigen Seniorenpolitik,
- Neuorientierung der offenen Seniorenarbeit,
- Konzeptionsentwicklung und Aufbau der geplanten Bürgeraktionszentren,
- Aufbau von Kooperationsstrukturen zur Förderung der Unterstützung für an Demenz erkrankte Menschen und ihre Familien und
- Umsetzung des Pflegeweiterentwicklungsgesetzes in Karlsruhe.

Die konkrete Themenbearbeitung, die neue Namensgebung und die Festlegung der einzelnen Bearbeitungsschritte und -formen sollten mit allen Beteiligten in der gemeinsamen ersten Sitzung erfolgen. Auch die Anknüpfungspunkte im Zusammenwirken mit dem Sozialausschuss sind zu entwickeln. Dieses neue Arbeitskonzept wird mit dem Sozialausschuss abgestimmt.